Lateinamerikapolitik

Birte Windheuser

Der Höhepunkt der Lateinamerikapolitik der Europäischen Union im vergangenen Jahr war – wenn auch von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet – der alle zwei Jahre stattfindende EU-CELAC Gipfel. Bei diesem Treffen, an dem alle 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und die 33 Staaten der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) teilnahmen, konnten einige konkrete Ergebnisse erzielt werden. Neben diesem Ereignis ist auch die deutliche Verbesserung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba hervorzuheben, die sich in den Fortschritten um ein neues politisches Abkommen widerspiegelt.

EU-CELAC / EU-LAC: Das unbeachtete Gipfeltreffen

Von internationalen Medien weitestgehend unbeachtet fand vom 10. bis 11. Juni 2015 das zweite EU-CELAC / achte EU-LAC-Gipfeltreffen unter dem Motto „Shaping our common future: working for prosperous, cohesive and sustainable societies for our citizens" in Brüssel statt. Die wenige mediale Aufmerksamkeit bei diesem Gipfel richtete sich vor allem auf die Frage, ob es zu einem Treffen zwischen EU-Spitzenvertretern und dem griechischen Regierungschef am Rande des Gipfels kommen würde. Das Hauptanliegen des Gipfels – die Stärkung der Beziehung zwischen der Europäischen Union und den lateinamerikanischen Staaten – wurde in den Medien hingegen kaum beachtet. Dies mag auch daran liegen, dass derartige Gipfel nicht im Stande sind, „zentrale Fragen der Weltpolitik […] zu lösen" und deshalb ihre „Daseinsberechtigung" verlieren.[1] Auch täuscht der EU-CELAC-Gipfel darüber hinweg, dass sich die Interessen der Europäischen Union eigentlich auf einige wenige Staaten wie Brasilien und Mexiko konzentrieren. Auf der anderen Seite muss aber anerkannt werden, dass das Treffen immerhin einige konkrete Beschlüsse hervorgebracht hat: Ein Ergebnis des Gipfels war die Zusage des Präsidenten des Europäischen Rates, dass die Europäischen Union einen Fonds zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien aufbauen würde.[2] Außerdem wurde das bereits im letzten Jahr auf dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Brasilien angestoßene Projekt einer Glasfaserverbindung zwischen Portugal und Brasilien vorangebracht: Die Europäische Union sagte zu, dieses Vorhaben mit 25 Mio. Euro zu unterstützen.[3] Des Weiteren wurde der Wille zum Ausdruck gebracht, im Rahmen des nächsten Klimagipfels der Vereinten Nationen ein für alle bindendes Abkommen zu beschließen.[4] Es gab noch eine ganze Reihe weiterer finanzieller Zusagen für verschiedene Programme, wie beispielswei-

1 Juan Gabriel Tokatlian: Solche Gipfel braucht niemand mehr. Statt auf rhetorische Sprechblasen, sollten die EU und Lateinamerika lieber auf konkrete Schritte der Zusammenarbeit setzen, in: IPG, 29.6.2015, abrufbar unter: http://www.ipg-journal.de/geopolitik-in-lateinamerika/artikel/detail/solche-gipfel-braucht-niemand-mehr-980/ (letzter Zugriff: 30.6.2015).

2 Rat der Europäischen Union: Opening Remarks by President Donald Tusk at the EU-CELAC summit. Pressemitteilungen und Erklärungen. Brüssel, 10. Juni 2015, Dok. 428/15.

3 Europäische Kommission: Statement by President Juncker at the joint press conference following the EU-CELAC Summit (10-11/06/2015). Rede. Brüssel, 11. Juni 2015, Dok. 15/5168.

se die Förderung nachhaltiger Entwicklung in den lateinamerikanischen Staaten.[5] Nicht einigen konnten sich die Vertreter der beiden Blöcke auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Situation in Venezuela. Während einige lateinamerikanische Staaten forderten, die unilateralen Sanktionen der USA gegenüber Venezuela zu verurteilen, wollte die Europäische Union ihre Besorgnis über die Lage in diesem Land zum Ausdruck bringen.[6] Man einigte sich auf eine Kompromisslösung, wonach die Europäische Union die Position der lateinamerikanischen Staaten „zur Kenntnis" nahm.[7] Zu einer Auseinandersetzung kam es außerdem zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich. Der argentinische Außenminister machte während eines Treffens Ansprüche auf die Falklandinseln geltend.[8] Das Thema Falklandinseln hatte auch in den letzten Jahren immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Ländern geführt, da Argentinien der Ansicht ist, die Inseln würden zu ihrem Territorium gehören. Trotz der Zwischenfälle und Kritik an dem Gipfel, kann er dennoch auch als Zeichen verstanden werden, dass die Europäische Union auch weiterhin Interesse an guten Beziehungen zu Lateinamerika hat, auch wenn diese Region ansonsten keine Priorität genießt.

EU-Kuba: weitere Annäherung

Es war ein historischer Moment, als Barack Obama und Raúl Castro sich im März 2015 nach Jahrzehnten der Eiszeit zwischen den USA und Kuba trafen. Die USA hatten Ende 2014 angekündigt, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba wieder aufzunehmen. Aber nicht nur die USA befinden sich derzeit auf Annäherungskurs zu Kuba, sondern auch die Europäische Union. Sie hatte bereits zu Beginn des letzten Jahres angekündigt, ein politisches Abkommen mit Kuba anzustreben. Seitdem haben vier Verhandlungsrunden stattgefunden.[9] Im März reiste die Hohe Vertreterin, Federica Mogherini, nach Kuba und traf sich unter anderem mit Präsident Castro.[10] Es war das ranghöchste Treffen, das jemals zwischen der Europäischen Union und Kuba stattgefunden hat,[11] und daher von hoher symbolischer Bedeutung. Mogherini unterstrich, dass sie hoffe, bis Ende des Jahres komme eine Einigung bezüglich des geplanten Abkommens zwischen Kuba und der Europäischen Union zustande.[12] Die Europäische Union hatte – anders als die USA – die Beziehungen zu Kuba nie ganz eingefroren; wirtschaftlich gesehen ist sie sogar zweitwichtigster Handelspartner für Kuba. Aus politischer Perspektive ist die neue EU-Strategie dennoch ein bemerkenswerter Politikwechsel verglichen mit der früheren Kubapolitik.

4 EU-CELAC: Brussels Declaration. "Shaping our common future: working together for prosperous, cohesive and sustainable societies for our citizens". Brüssel, Dok, 9839/15, S. 7.

5 Europäische Kommission: Statement by President Juncker, 2015.

6 Enrique Serbeto: La crisis de Venezuela divide a la Unión Europea e Iberoamérica, 11.6.2015, abrufbar unter: http://www.abc.es/internacional/20150610/abci-crisis-venezuela-divide-union-201506102222.html (letzter Zugriff: 29.6.2015).

7 EU-CELAC: Brussels Declaration, 2015, S. 4.

8 EurActiv.de: Eklat wegen Falklandinseln bei EU-Lateinamerika-Gipfel, 11.6.2015.

9 European Union Delegation to Cuba: Cuba and the EU, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/delegations/cuba/eu_cuba/index_en.htm (letzter Zugriff: 29.06.2015).

10 Europäischer Auswärtiger Dienst: High Representative/Vice-President Federica Mogherini to visit Cuba, Press Release, 14.3.2015, abrufbar unter: http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/150314_03_en.htm (letzter Zugriff: 21.7.2015).

11 Jan D. Walter: EU will mehr Kuba wagen, in: Deutsche Welle, 23.3.2015.

12 Europäischer Auswärtiger Dienst: Remarks by High Representative/Vice-President Federica Mogherini following her visit to Cuba, Bemerkungen, Havana, 25. März 2014, Dok. 150325_04_en., SPEECH/15/5168, 14.03.2015.

EU-Mexiko: Überarbeitung des Globalabkommens

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Drogenkrieges und der sich verschlechternden sicherheitspolitischen Lage in Mexiko steht aktuell eine Überarbeitung des im Jahre 2000 ausgehandelten Globalabkommens mit der Europäischen Union an. Dieses war angesichts der Ereignisse der letzten Monate – insbesondere des bis heute nicht vollständig geklärten Verschwindens der Lehramtsstudierenden im September 2014 – nicht unumstritten. So war aus den Reihen der Europäischen Union neben der Aufklärung des Falles[13] sogar teilweise gefordert worden, die Verhandlungen über das Abkommen auszusetzen.[14] Denn dem Globalabkommen liegt die sogenannte Menschenrechtsklausel zugrunde, die besagt, dass bei einer Missachtung der Menschenrechte das Abkommen ausgesetzt werden kann. Im Falle Mexikos wurde von der Europäischen Union aber zu keinem Zeitpunkt in Betracht gezogen, das Abkommen auf Grundlage der Klausel zu suspendieren.[15] Seit letztem Jahr überarbeiten nun die Europäische Kommission und Mexiko das Abkommen – bisher allerdings nur den wirtschaftlichen Teil. So arbeiten beide Seiten aktuell einen Joint Vision Report aus, welcher die Optionen für die Modernisierung des Handelsteils des Abkommens ausloten soll.[16] Im Mai 2015 fand ein Treffen zwischen Handelskommissarin Cecilia Malmström und dem mexikanischen Wirtschaftsminister Ildefonso Guajardo Villarreal statt. Dabei erklärte Malmström, dass die Europäische Union mit Mexiko ein umfassendes Abkommen, ähnlich dem Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP, und dem Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada, CETA, anstrebe. Dies würde vor allem umfassende Regelungen zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse bedeuten.[17] Mexiko scheint die Verhandlungen recht zügig zu einem Abschluss bringen zu wollen, damit das neue Abkommen noch vor TTIP in Kraft tritt.[18] Allerdings brachte der letzte EU-Mexiko-Gipfel im Juni 2015 diesbezüglich keine neuen Fortschritte.

Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien: Erste Bilanz

Das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kolumbien ist seit August 2013 in Kraft. Die erste Bilanz fällt gemischt aus. Laut Informationen der Europäischen Union stiegen die Exporte Kolumbiens in die Europäische Union um 10,21 Prozent. Die wichtigsten Exportgüter waren vor allem Erdöl und Kohle. Die Importe Kolumbiens aus der Europäischen Union fielen hingegen um 1,09 Prozent.[19] Über Entwicklungen in anderen Bereichen wie dem Umwelt-, Arbeitnehmer- und Menschenrechtsschutz gibt der Bericht der EU-Delegation in Kolumbien jedoch keine Auskunft. Kritiker geben an, dass der Handelsbilanzüberschuss mit der Europäischen Union nach Inkrafttre-

13 Europäisches Parlament: Disappearance of 43 teaching students in Mexico. Beschluss. Dok. 2014/2905(RSP).

14 Barbara Lochbihler: Mexikos schmutziger Krieg und wir, in: Frankfurter Rundschau, 20.10.2014.

15 Europäisches Parlament: The Modernisation of the European Union-Mexico ‘Global Agreement’. Studie, Januar 2015, Dok. EP/EXPO/BAFET/2014/14, S. 19.

16 Europäisches Parlament: Subject: EU-Mexico Free-Trade Agreement. Parlamentarische Fragen. 10. Februar 2015, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=WQ&reference=E-2015-002107&language=EN (letzter Zugriff: 29.06.2015).

17 Europäische Kommission: Commissioner will upgrade EU-Mexico Free Trade Agreement, 11.5.2015, abrufbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2015/may/tradoc_153433.pdf (letzter Zugriff: 12.7.2015).

18 Jan D. Walter: EU und Mexiko wollen mehr Freihandel, in: Deutsche Welle, 12.5.2015.

19 Vertretung der Europäischen Kommission in Kolumbien: Comercio de bienes entre la Unión Europea y Colombia. Estadísticas del primer año desde la entrada en vigor del acuerdo commercial. 2015, S. 6, 33.

ten des Abkommens eingebrochen sei. Problematisch sei vor allem, dass Kolumbiens Abhängigkeit vom Rohstoffexport durch den Freihandel noch verstärkt werde. Außerdem würden durch das Freihandelsabkommen vermehrt Produkte eingeführt, die in der Europäischen Union subventioniert und daher günstiger produziert werden könnten. Dies würde heimische Produkte vom Markt verdrängen. Des Weiteren wird kritisiert, dass die Regierung ihren Versprechen aus der ergänzend zum Freihandelsabkommen verabschiedeten Roadmap nicht nachkomme, insbesondere was die Verbesserung der Arbeitnehmerrechte angehe.[20] So bleibt das kolumbianische Abkommen auch knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten weiterhin eines der umstrittensten EU-Abkommen mit einem lateinamerikanischen Staat.

EU-Venezuela: Kein Weg aus der Krise in Sicht

Die Krise Venezuelas verschärft sich immer weiter: Es fehlt an Mitteln des täglichen Bedarfs, die internationalen Ölpreise – Venezuelas Haupteinnahmequelle – sind dramatisch gefallen, die Korruption ist hoch und die Regierung Nicolás Maduros nimmt immer autoritärere Züge an. Die Europäische Union zeigte sich insbesondere alarmiert über die Festnahme des oppositionellen Bürgermeisters von Caracas, Antonio Ledezema, im Februar 2015.[21] Er wurde der Verschwörung gegen die Regierung angeklagt. Anfang März reiste seine Tochter, Vanessa Ledezema, nach Brüssel, um die Europäische Union um Unterstützung zu bitten und sie aufzufordern, Maßnahmen gegen das Regime in Venezuela zu ergreifen.[22] Das Europäische Parlament hatte zuvor bereits die Hohe Vertreterin aufgefordert, in der Angelegenheit aktiv zu werden. Auf eine Nachfrage, was die Hohe Vertreterin und die EU-Delegation vor Ort unternommen hätten, blieb eine Antwort jedoch aus.[23] Auch beim EU-CELAC Gipfel gab es keine offizielle Kritik an Venezuela, da einige lateinamerikanische Staaten dies als Einmischung in interne Angelegenheiten verurteilten.[24] Es ist somit zu erwarten, dass sich die Situation in diesem Land in naher Zukunft nicht ändern wird. Ende des Jahres stehen zwar Parlamentswahlen bevor, hier deutet sich aber kein Wahlsieg der Opposition an.[25]

Weiterführende Literatur

Sarah Ganter: Talking about a Revolution. Entspannungspolitik und ihre Folgen für Kuba, Friedrich-Ebert-Stiftung: Perspektive | FES KUBA, Mai 2015.

Juan Gabriel Tokatlian: Solche Gipfel braucht niemand mehr. Statt auf rhetorische Sprechblasen, sollten die EU und Lateinamerika lieber auf konkrete Schritte der Zusammenarbeit setzen, in: IPG, 29.6.2015, abrufbar unter: http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/geopolitik-in-lateinamerika/artikel/detail/solche-gipfel-braucht-niemand-mehr-980/ (letzter Zugriff: 24.8.2015).

20 Lars Paprotta: „Die Regierung löst ihre Versprechen nicht ein“, Interview mit der Gewerkschaftsaktivisten Ligia Ines Alzate und Enrique Daza vom kolumbianischen Aktionsnetzwerk gegen Freihandel RECALCA, in: Lateinamerika Nachrichten, 5/2015.

21 Europäischer Auswärtiger Dienst: Statement by the Spokesperson on the arrest of Caracas Mayor Antonio Ledezma and the situation in Venezuela. Stellungnahme. Brüssel, 24. Februar 2015, Dok. 150224_01_en.

22 El Espectador: Crisis en Venezuela. Hija de Antonio Ledezma pide a la Unión Europea que sancione a Venezuela, 2.3.2015.

23 Europäisches Parlament: Subject: VP/HR — Persecution of democratic opposition in Venezuela. Parlamentarische Fragen. 27. Februar 2015, Dok. E-003350-15.

24 Luisa Corradini: La crisis política de Venezuela trabala cumbre entre la UE y la Celac, in: La Nación, 11.6.2015.

25 Benjamin Reichenbach: Der Mythos vom schnellen Ende des Chavismus, 4.5.2015, abrufbar unter: http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/der-mythos-vom-schnellen-ende-des-chavismus-903 (letzter Zugriff: 29.6.2015).